

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 2 | 31. Januar 2020



Foto: Tobias Koch

1. Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Im Bundestag haben wir diese Woche in einer feierlichen Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus und der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee gedacht. Ganz besonders war, dass der israelische Präsident Reuven Rivlin an der Gedenkfeier teilgenommen und eine Gedenkrede gehalten hat. Er forderte Deutschland auf, im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus nicht nachzulassen. Dieser Kampf müsse Generation um Generation weitergeführt werden. Rivlin wertschätzte in seiner Rede die Rolle, die Deutschland international im Kampf gegen Antisemitismus einnimmt.

Es ist wichtig, dass wir nicht nur in dieser Woche an das unfassbare Leid und die systematische Ermordung so vieler Menschen denken. Wir dürfen den Holocaust nicht vergessen. Und noch viel wichtiger ist, dass wir uns alle – jeden Tag und wo wir können – aktiv gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen!



Gedenken im Bundestag: Die europäische, israelische und deutsche Flaggen auf Halbmast vor dem Reichstagsgebäude. (Foto: FJ)

2. Irakreise

Gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB, war ich am vergangenen Wochenende im Irak. In Bagdad und Erbil trafen wir Abgeordnete hochrangige Vertreter der irakischen Regierung und der Region Kurdistan Irak. Im Fokus der Gespräche standen die Sicherheitslage in der Region und der Einsatz der Bundeswehrsoldaten.

Der Ausbildungsbetrieb in Erbil wurde am 26. Januar 2020 wieder aufgenommen. Das ist gut so, denn die Bundeswehr sorgt im Rahmen des Anti-IS-Mandats seit Jahren für die Stabilisierung und Sicherheit des Iraks. Mein Dank gilt unseren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Die Ausbildung der irakischen Streitkräfte ist besonders wichtig, denn der Kampf gegen den IS ist noch nicht beendet.



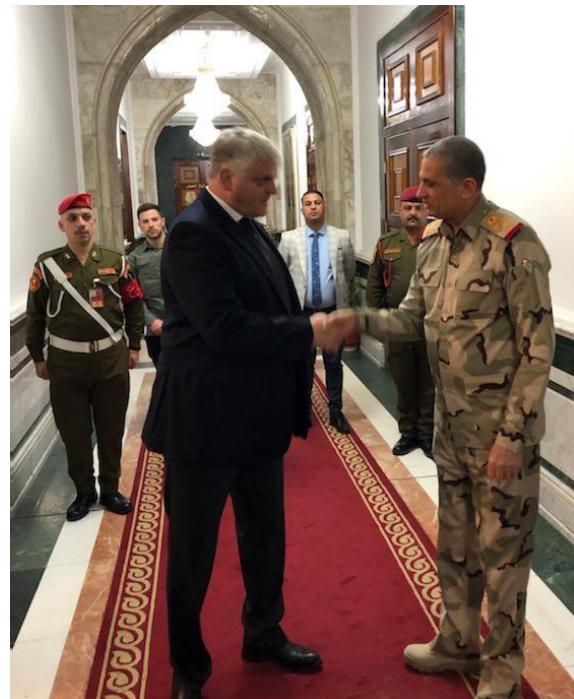
Markus Grübel und Jürgen Hardt mit Bundeswehrsoldaten in Erbil. (Foto: HS)

Wir wollen auch weiterhin einen Beitrag zur Sicherheit leisten. Schließlich ist eine sichere Lage vor Ort Voraussetzung für Wiederaufbau, Rückkehr und verbesserte Lebensgrundlagen. Außerdem ist sie der Schlüssel zur Stabilisierung der gesamten Region. Deshalb war die Frage, wie wir auch in Zukunft unterstützen können, das zentrale Thema meiner Gespräche mit dem irakischen Generalstabschef Al-Ghanimi oder dem irakischen Vize-Außenminister Hashim. Aktuell scheint es darauf hinauszulaufen, dass die NATO-Ausbildungsmission im Irak eine noch größere Rolle spielen wird. Diesen Wunsch haben wir von allen Gesprächspartnern in Bagdad vernommen. Deutschland muss bereit sein, seine

Rolle auch innerhalb der NATO weiter auszubauen. Dies muss in enger Zusammenarbeit mit den bereits beteiligten Ländern der Region wie Jordanien und Tunesien erfolgen. Neben unserem wichtigen militärischen Beitrag müssen wir auch unsere umfangreiche zivile Unterstützung fortsetzen. Entwicklungshilfe und Stabilisierung schaffen Chancen für die junge irakische Bevölkerung.



Markus Grübel im Gespräch mit Vize-Außenminister Hashim. (Foto: HS)



Treffen mit dem Stabschef der irakischen Armee Al-Ghanimi. (HS)

3. Treffen des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz- und Palliativmedizin im Deutschen Bundestag

Der Interfraktionelle Gesprächskreis Hospiz- und Palliativmedizin im Deutschen Bundestag kam diese Woche erneut zusammen. Dieses Mal ging es um die vernetzte medizinische und pflegerische Versorgung sterbender Menschen. Aus der Praxis des sogenannten Care und Case Managements berichteten dazu Professor Klie und Sabine Peer. Das Care und Case Management übernimmt dabei die Funktion, dafür Sorge zu tragen, dass die individuell erforderlichen Unterstützungsleistungen wie beispielsweise die medizinische Versorgung oder Pflege- und Pflegemittel im richtigen Maß, zur richtigen Zeit und im richtigen Verhältnis zur Verfügung gestellt werden. Die auf palliative und hospizliche Hilfe und Versorgung angewiesenen Menschen und ihre Familien befinden sich ohnehin schon in einer emotionalen und existenziellen Ausnahmesituation und gerade da sind sie oft noch zusätzlich mit strukturellen und organisatorischen Dingen konfrontiert. Es ist wichtig, dass wir weiter die politischen Rahmenbedingungen dafür schaffen, die es jedem Mensch in seiner letzten Lebensphase ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie und in welchem Umfeld er sterben möchte. Auch die Familien müssen wir dabei unterstützen, dass sie ihren Angehörigen diese letzten Wünsche auch ermöglichen können. Deshalb sollten wir sie bestmöglich unterstützen und ihnen vor allem auch bei bürokratischen und organisatorischen Dingen den Rücken freihalten.



Markus Grübel MdB, Professor Klie, Emmi Zeulner MdB, Sabine Peer und Claudia Moll MdB. (Foto: CLi)

4. Teilnehmer des Basislehrgangs Stabsoffizier zu Besuch im Bundestag

Als Obmann im Unterausschuss Zivile Krisenprävention habe ich diese Woche Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zu einem Gespräch im Bundestag begrüßt. Alle sind Teilnehmer des Basislehrgangs Stabsoffizier an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Schwerpunkt dieses Lehrgangs ist es, die Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen nationalen und internationalen sowie zivilen und militärischen Akteuren zu vermitteln. Die Soldatinnen und Soldaten interessierten sich sehr für die Arbeit des Unterausschusses und stellten den anwesenden Abgeordneten viele Fragen zur Krisenprävention. Thema war unter anderem die Entwicklung der ODA-Quote (Official Development Assistance). Darunter versteht man den Anteil der öffentlichen Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit gemessen am Brutto-Nationaleinkommen. Die ODA-Quote ist an die Höhe der Verteidigungsausgaben gekoppelt. Des Weiteren ging es um die Möglichkeiten der Europäischen Union bei der Krisenfrüherkennung. Hier habe ich darauf hingewiesen, wie wichtig es

ist, dass die europäischen Staaten mit einer Stimme sprechen. Ohne einheitliches Auftreten nach Außen kann die EU keinen Einfluss in der Welt haben. Gerade das Vereinigte Königreich hat eine europäische Außenpolitik häufig blockiert. Deshalb kann der Brexit in diesem Fall als Chance gesehen werden, so sehr ich das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU auch bedauere.



Gesprächsrunde mit den Stabsoffizieren im Ausschusssaal im Paul-Löbe-Haus. (Foto: SMü)

5. Bund fördert ÖPNV-Ausbau

Im Bundestag haben wir zwei wichtige Gesetze beschlossen, mit denen der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit zusätzlichen Milliarden gefördert wird. Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und das Regionalisierungsgesetz werden zusätzliche finanzielle Mittel für Regional- und S-Bahnen sowie für Aus- und Neubau von Bahnhöfen und Haltestellen bereitgestellt. Die zusätzlichen Milliarden, mit denen der Bund das Budget des GVFG aufgestockt hat, können möglicherweise auch **für die U7 Verlängerung von Nellingen nach Esslingen** oder die **S-Bahn-Verlängerung von Bernhausen bis Neuhausen** abgerufen werden. Nun müssen aber die Projektverantwortlichen am Ball bleiben – und

prüfen, ob und wieviel Geld aus diesem Budget für die besagten Projekte beantragt werden kann.

Die bisherige Auflage des GVFG sah eine Bundesförderung von bis zu 60 Prozent vor. Mit der jetzigen Aufstockung um 15 Prozent können Projekte nun mit bis zu 75 Prozent der Gesamtkosten vom Bund gefördert werden. Das ist für mich ein großer Schritt hinsichtlich der Finanzierung der anstehenden Projekte. Die Kommunen werden dadurch finanziell enorm entlastet. Es wäre jetzt noch wünschenswert, dass das Land Baden-Württemberg mit einem eigenen GVFG-Länderprogramm nachzieht und mitfinanziert.

Mit dem Regionalisierungsgesetz erhalten die Länder mehr Geld für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs: Damit soll insbesondere der Betrieb von mehr Regional- und S-Bahnen finanziert werden. Die bislang für 2020 vorgesehene Erhöhung auf 8,8 Milliarden Euro wird nun um weitere 150 Millionen Euro aufgestockt. Das ist ein wichtiges Signal für die Kommunen im Kreis Esslingen und die Region Stuttgart. Wir wollen – nicht nur aus Klimaschutzgründen – mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlegen. Mit diesen beiden Gesetzen fördern wir den Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur.

6. Koalitionsausschuss beschließt Maßnahmen-Paket

Die Parteichefs der Union und der SPD haben sich im Koalitionsausschuss auf 1 Milliarde zur Unterstützung unserer Bauern, steuerliche Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien

und die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes geeinigt.

Unsere Bauern sollen innerhalb von vier Jahren mit einer Milliarde Euro für Agrarumweltprogramme und Investitionen unterstützt werden, damit sie den Transformationsprozess und die Herausforderungen durch die Düngeverordnung besser abfedern können. Das ist ein klares Signal der Wertschätzung.

Die Koalition hat die Investitionen im Bundeshaushalt auf Rekordniveau gebracht und will diese mindestens auf dem Niveau des Jahres 2020 fortschreiben, neue Investitionsbedarfe identifizieren und für deren Realisierung weitere Maßnahmen der Planungsbeschleunigung ergreifen. Darüber hinaus wird man beraten, wie Personengesellschaften optional so besteuert werden können wie Kapitalgesellschaften – auf diese Weise soll der Mittelstand entlastet und Gelder für Investitionen freigesetzt werden.

Einige unserer Industriebranchen müssen beim Strukturwandel durch die Digitalisierung unterstützt werden. Aus diesem Grund soll das Kurzarbeitergeld drei Jahre lang auf 24 Monate verlängert werden können, wenn die verlängerte Auszahlung mit einer Weiterbildung verbunden ist. In diesem Fall können auch Sozialversicherungsbeiträge zur Hälfte übernommen werden. Für Weiterbildungen sollen Unternehmen höhere Zuschüsse von der Bundesagentur für Arbeit bekommen.

Auch die Veränderungen in der Automobilbranche hat die Große Koalition im Blick. In betroffenen Regionen sollen „Transformationsdialoge Automobilindustrie“ eingerichtet werden, in denen man berät, wie durch Zukunftstechnologien neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Im Bund gibt es ein breites Bündel an Programmen, Instrumenten und Maßnahmen zur Förderung von Innovationen und Technologieentwicklungen sowie des Aufbaus neuer Arbeitsplätze. Der Koalitionsausschuss bittet die Bundesregierung zu prüfen, wie das bestehende Instrumentenbündel angepasst und verbessert werden soll.

Das Steuerrecht soll mittelstands- und innovationsfreundlicher gestaltet werden. Heißt: Wer in die Digitalisierung seines Unternehmens investiert, könnte stärker entlastet werden. Aus diesem Grund wird man nun den Abschreibungskatalog im Hinblick auf digitale Technologien überarbeiten.

Berufliche Weiterbildungen sollen stärker gefördert werden. Wenn man Transferkurzarbeitergeld bekommt, sollen Weiterbildungskosten in kleinen Unternehmen bis 250 Beschäftigte künftig zu 75 Prozent durch die Arbeitsagentur übernommen werden. Weiterbildungen, die beim Übergang in einen neuen Job helfen, sollen unabhängig vom Alter und der bisherigen Qualifikation der Beschäftigten gefördert werden.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!